



PRESEMITTEILUNGEN

Deutsche Post

Warnstreiks in neun Briefzentren: Bundesweit bleiben 3 Millionen Briefe liegen

21.04.2008

Nach den gescheiterten Tarifverhandlungen zwischen der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und der Deutschen Post AG zur Arbeitszeit und zum Ausschluss von Kündigungen folgten in der Nacht von Sonntag auf Montag bundesweit rund 800 Beschäftigte dem Aufruf der Gewerkschaft zu befristeten Streikmaßnahmen. Davon betroffen waren neun Briefzentren in Berlin, Dresden, Duisburg, Freising, Hamburg, Hannover, Mainz, Stuttgart und Wiesbaden. Cirka drei Millionen Briefe werden in den genannten Regionen verzögert zugestellt.

„Das ist die prompte Antwort der Beschäftigten. Sie sind stinksauer“, sagte die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Andrea Kocsis. „Zu dem Angebot der Post kann es keine Zustimmung geben. Zwei Milliarden Euro Gewinn, 20 Prozent höhere Dividende, 90 Prozent Marktanteil und die Beschäftigten des Unternehmens sollen effektiv zwischen 2,5 und 3,5 Stunden pro Woche länger arbeiten. Das ist maßlos und ungerecht.“

ver.di fordert für die 130.000 Tarifkräfte die Verlängerung des Ausschlusses betriebsbedingter Kündigungen bis 30. Juni 2011 und zehn Arbeitszeitverkürzungstage, um die arbeitsplatzvernichtende Wirkung einer Wochenarbeitszeiterhöhung von 38,5 auf 41 Stunden bei den 55.000 Beamten zu kompensieren. Auf Wunsch der Post AG wurde in der letzten Verhandlungsrunde vom 17. und 18. April auch das Thema des Entgeltes einbezogen. Hier fordert ver.di sieben Prozent mehr Geld bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Der entsprechende Tarifvertrag ist zum 30. April gekündigt.

Vom 25. bis 29. April wird ver.di in den Betrieben der Deutschen Post AG eine Urabstimmung durchführen. Dieser kann ab 2. Mai ein unbefristeter Arbeitskampf folgen.

Herausgeber:

V.i.S.d.P.: Harald Reutter
ver.di-Bundesvorstand
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin
Tel.: 030/6956-1011 bzw. -1012
Fax: 030/6956-3001
E-Mail: pressestelle@verdi.de